

Nummer 57 — 23. Jahrgang
Zwei wöchentlich, Bezugspreis: für März 2,25 Rent.-Mark
Anzeigen: Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark
Preis: Die eingekaufte Zeitzeile 20 S. f. Familien- u.
Vereinsanzeigen, Größe 15 A. Die 2. und 3. Zeile 10 S.
80 mm breit, 1. A. Offertenerlöse für Selbstzahler 15 S.
bei Wiederholung durch die Post außerdem 1/2 ortsüblicher
Preis für die Einzelnummer 10 Renten-Pfennig.
Wochensatz: Josef Hofmann, Dresden

Freitag, 7. März 1924

Am Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und
Bestellung von Schabenerlösen. Alle unentgeltlich und durch Fern-
sprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unentgeltlich eingehende und mit Rückporto
nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt
Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags
Hauptredaktion: Dr. Josef Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Josef Albert, Dresden
Verleger: Dr. Josef Albert, Dresden
Druck: Dr. Josef Albert, Dresden

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden, R. 15, Postfach 46, Bezahl 2272
und 2273

Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen

Von Prof. Grebe, M. d. B.

Das deutsche Volk hat sein feilisches Gleichgewicht noch nicht wiedergefunden, und auch sein politischer Wille hat sich noch nicht in scharfer Form zu einheitlicher Zielrichtung herausgebildet. Wenn die kommenden Wahlen keinen Reichstag bringen, der den entschlossenen Willen des Volkes bekundet, alle irgendwie wertvollen Kräfte in ruhiger leitender Zusammenarbeit für den nationalen Gedanken staatlicher Selbstbehauptung und wirtschaftlicher Selbsterhaltung einzusetzen, so haben sie ihren Zweck verfehlt. Wir kämpfen gegenwärtig um unser nacktes Dasein, um die Lebensmöglichkeit als Volk und Staat. Die Ungerechtigkeiten, Härten, Verwunden und Räte, die mit diesem Ringen für das ganze Volk verbunden sind, bergen die Gefahr in sich, daß Ärger und Verstimmung für viele Wähler entscheidend sind. Um so wichtiger ist es, die großen Linien der politischen Entwicklung herauszubekommen und zu zeigen, worauf es ankommt. Die wirtschaftlichen Nöte und Bedrängnisse, unsere politische Ohnmacht will keine Partei; keine Partei vermag sie mit einem Schlag zu beseitigen. Vermieden werden muß aber eine Politik, die nicht auf eine ruhige Entwicklung, sondern auf neue Erschütterungen abzielt. In der Revolution war das Verbot zu weit nach links auszufallen; jetzt droht die Gefahr, daß es zu weit nach rechts ausschlägt. Das darf nicht geschehen. Das Licht muß so aufgezogen werden, daß die Maschine ohne Stocken und ohne Heberleitung ruhig weiter läuft.

Die revolutionäre Welle am Schluß des Krieges ist leicht erlöschlich. Das deutsche Volk war auf den Verlust des Krieges in keiner Weise vorbereitet. Es wies sich noch in Siegeshoffnungen, als es plötzlich völligem Zusammenbruch gegenüberstand. Es war deshalb nicht zu verwundern, daß sich der allgemeine Unwille gegen die Kreise wandte, die man als Träger der unglücklichen Kriegspolitik ansah. Diese Stimmung ging bis tief in die Reihen der bürgerlichen Parteien hinein. So mancher, der inzwischen in der Volkspolitik die Wurzel alles Übels zu suchen sich gewöhnt hat, schlug damals recht radikale Töne an. Zum Glück hatten die Anhänger der reinen Gewalt im Sozialismus noch nicht die Oberhand. Die Unabhängigen waren noch unbedeutend, die Kommunisten spielten überhaupt keine Rolle. So war die demokratische Haltung der Reichsvereine entscheidend, die dem Volke die Entschlossenheit überließen. In den Nationalwahlen wurde der sozialistische Ansturm nur mit Mühe niedergehalten, einzig die Unerschütterlichkeit der Zentrumswähler verhinderte eine sozialistische Mehrheit. Eine entschiedene Zurückweisung der Revolution bedeutete der Wahlausfall freilich nicht, denn die sozialistischen Parteien hatten über 45 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, und innerhalb der bürgerlichen Kreise gab es zahlreiche Wähler, die wohl den Sozialismus ablehnten, aber von der alten Regierungsform nichts mehr wissen wollten. Selbst die Deutsche Nationalen Volkspartei trug dieser Stimmung in ihren Richtlinien Rechnung, denn Punkt 2 lautete wörtlich: „Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.“ Bei dieser Sachlage war es angebracht, der völligen Machtlosigkeit der Staatgewalt undenkbar, eine Partei, die 45 Prozent der Bevölkerung vertret, von der Neuordnung der Verhältnisse auszugehen. Die Bedeutung der Nationalwahlen beruht aber darin, daß sie mit dem „Recht der Revolution“ brach und die Entwicklung wieder in ruhige, geschäftige Bahnen lenkte. Trotz aller außerpolitischen Bemühungen hat von da an keine der revolutionären Tendenzen mehr den Reichswagen vom Wege der Geschäftigkeit ablenken können.

Die Sozialdemokratie hatte mit den Nationalwahlen ihren Höhepunkt überschritten. Schon die Wahl zur preussischen Landesversammlung brachte ihr einen leichten Stimmenrückgang. Die Reichstagswahl 1921 spaltete die sozialdemokratische Partei in zwei fast gleich starke Teile und drückte die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen um einige Prozent herunter. Die folgenden Landtagswahlen in mehreren Ländern zeigten die gleiche Entwicklung. Angesichts der Zerstückelung der Partei weitere Fortschritte unmöglich. Die Wiedervereinigung mit den Unabhängigen hat ihr keine innere Stärkung gebracht, sondern sie nur unfähiger zu positiver Leistung gemacht. Ihre schwankende Haltung, ihr Verlangen bei den wichtigsten Gelegenheiten, z. B. bei dem Sturz des Reichskanzlers Dr. Brüning, ihre Weigerung, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, ihr langes Hören, in die große Koalition einzutreten, und dann ihr unbegründeter Austritt aus der Regierung, mit einem Worte, ihre Scheu vor der Verantwortung, haben die Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Zusammenfassung regierungsunfähig gemacht und sie auch bei einem großen Teil ihrer Wähler um jedes Vertrauen gebracht. Die Gefahr einer parlamentarischen Liebesnacht der Linken ist gebannt, nicht durch jene, die heute als unentwegte, wühlende Geister des toten Marxismus sich vorstellen, im entscheidenden Augenblick aber versagen oder wohl gar mit ins Horn des Sozialismus bliesen, sondern durch diejenigen, die zunächst bei den Nationalwahlen eine sozialistische Mehrheit verhinderten und dann die Sozialdemokratie durch den Zwang positiver Arbeit dahin führten, die Unhaltbarkeit ihres Systems darzutun. Die nächsten Wahlen werden nach links Klarheit schaffen. Die Sozialdemokratie wird starke Einbuße durch die Kommunisten erleiden. Es muß aber auch alles daran gesetzt werden, daß möglichst viele Wähler, die in ihrer Betätigung einen toten Stimmzettel abgegeben haben, vom Zentrum gewonnen werden, denn nur die Stimmen, die den Parteien positive Arbeit zufallen, bedeuten eine Entspannung der Lage.

Die Reichstagswahlen von 1921 hatten keine reine Entscheidung gebracht. Als waagrechte Mehrheit kam nur die sogenannte große Koalition in Frage. Die Reichsvereine der Sozialdemokratie nahen das Volksteil, das sich in ihrer schweren Niederlage ausdrückte, nicht hin, sondern lehnte die weitere Übernahme der Verantwortung ab, um so das Volk über seinen Rechtspruch zu belehren. Die Deutsche Volkspartei hatte den Wahlkampf ganz im Sinne und mit den Waffen der Deutschen Nationalen geführt. Dermaßen sich deshalb von den Anschauungen der Rechten nur schwer

Ein Zwischenfall im Hitlerprozeß

Der erste Staatsanwalt Dr. Stenglein legt sein Amt nieder — Die unterbrochenen Verhandlungen — Die neue Art der Militärkontrolle — Der französische Senat und die Steuerpläne — Poincaré soll sich verantworten

Schwere Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft

München, 6. März. (Trahtbericht.) Heute gab es im Hitlerprozeß nach dem Beginn der Verhandlungen einen aufsehenerregenden Zwischenfall. Die Verteidiger brachten von neuem schwere Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft vor, die einen wahren Verhaftungssturm hätte, trotzdem aber den Hauptverdächtigen, Herrn von Raue, nicht verhaftete. Der Staatsanwalt Dr. Stenglein erklärte, legt sei das Maß voll und er erkläre hiermit, daß er in einer Verhandlung, in der er fortgesetzt bedrohlichen Angriffen ausgesetzt sei, nicht weiter verbleibe. Er ersuchte den hiesigen Staatsanwalt die Angelegenheit weiter zu führen. Dr. Stenglein verzicht hierauf den Sitzungssaal. Der zweite Staatsanwalt erklärte, nachdem der Vorsitzende die Verhandlungen gegen den Staatsanwalt Dr. Stenglein juristisch geurteilt hatte, er wolle mit seiner vorgesetzten Behörde in Verbindung treten und Beschlüsse einholen, er bitte daher die Verhandlungen auf einige Tage aussetzen. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen.

München, 6. März. Der Hitlerprozeß dürfte voraussichtlich noch 3 Wochen dauern. Von der Staatsanwaltschaft sind etwa 50, von der Verteidigung etwa 150 Zeugen geladen. Das Urteil dürfte erst Ende März gefällt werden.

Die Militärkontrolle

Paris, 6. März. Die neue Volkskammerkonferenz besetzte sich heute in Anwesenheit des Reichskanzlers mit dem Vorstoß der deutschen Regierung um die Wiedereinnahme der Militärkontrolle. Invas zufolge wurden die Vorschläge der deutschen Regierung angenommen. Die Note wird heute abend an die englische Regierung übergeben und für die interalliierte Militärkontrollkommission das Recht beansprucht, nächstens mit Unterstützung der deutschen Behörden in ganz Deutschland die Munitionsbestände nachzuprüfen und festzustellen, ob Deutschland im Jahre 1923, während die Kontrolle nicht ausgeübt wurde, keine neuen militärischen Vorbereitungen getroffen habe und so zurzeit die Wahrung endgültig durchgeführt sei. Wenn die deutsche Regierung zu dieser Nachprüfung die Hand bieten und wenn deren Ergebnis negativ sei, würden die Alliierten bereit sein, gemäß den Vorschlägen der Volkskammerkonferenz vom September 1922 die Militärkontrollkommission durch ein Garantiekomitee oder ein anderes gleichwertiges Organ mit beschränktem Personalbestand zu ersetzen. Vorher werde Deutschland die 1922 vorgezeichneten fünf Forderungen erfüllen müssen, namentlich betreffs Geschwänderräumen über die Ausfuhr von Waffen, die Entmilitarisierung der Polizei usw.

Paris, 6. März. Nach der Chicago-Tribüne hat die getrennt dem deutschen Volkshaus übergeben; Note der Volkskammerkonferenz ungefähr folgenden Inhalt: Das Reich wird aufgefordert,

freizumachen und versetze die wichtigsten Gelegenheiten zur Verhandlung. Vom ersten Tage an rechne man mit einer Auflösung des Reichstages und mit Neuwahlen. So trat das agitatorische Moment in den Vordergrund. Die ruhige Arbeit trat zurück, wenn auch der Zwang der Verhältnisse den Reichstag beisammen hielt.

Die kommenden Wahlen müssen einen Reichstag bringen, der das Volksteil unbedingt anerkennt und auf der geschaffenen Grundlage zu ruhiger Arbeit bereit ist. Das Reparationsproblem ist Deutschlands Schicksalsfrage, so kennzeichnet Reichskanzler Brüning treffend die Lage. Dieses Problem kann aber nur gelöst werden durch Verhandlungen. Gewalt und Krisen bestreiten Deutschlands Schicksal. Wir kommen nur weiter, wenn wir durch Willigung unserer Wähler den Beweis erbringen, daß wir uns aus eigener Kraft helfen wollen, und wenn wir auf Regierungskreisen verzichten. Ob das Ziel erreicht wird, hängt wesentlich davon ab, wie stark der Zwang nach rechts sich in dem Ausfall der Wahl ausdrücken wird. In den rechtsgerichteten Kreisen ruft immer noch der Gedanke an einen neuen Umsturz. Am „Schwarzen Tag“ vom 24. Februar 1924 ist A. v. A. zu lesen: „Es bleibt nur zu wünschen, daß die Herren im Reichstag sowie Einflücht und Selbstüberwindung aufbringen, durch eine vernünftige Reform die Vorbedingungen für einen leistungsfähigen Reichstag zu schaffen. Versagen sie auch hier und tragen sie die Schuld, daß das Gesicht des künftigen Parlaments dieselben uralten Rüge trägt, so werden sie an der weiteren Verfeinerung des Parlamentarismus mitgeholfen haben. Die überzeugten Anhänger des Parlamentarismus dürfen sich dann nicht wundern, wenn der Uebergang zu einer neuen und andersartigen Regierungsform schneller vor sich geht, als es viele sich heute denken können.“ Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen beruht darin, daß der Beweis erbracht werden muß, ob das deutsche Volk den Gedanken an Rechts- und Diktaturvermeidung ablehnt und eine ruhige Entwicklung verfolgen will. Mit Recht weist Kardinal Puffenberger in seiner bekannten Ansprache an die katholische Studentenschaft Münchens darauf hin, daß die sozialistische Welle, durch den Bankrott der sozialistischen Weltanschauung hervorgerufen, eine internationale Erscheinung ist. Wir können uns aber den Versuch nicht erlauben, von einem Extrem in das andere zu fallen. Wie in der Nationalwahl verhindert wurde, daß der Sozialismus auf die Bahn zum Volkseigenen geriet, so müssen die nächsten Wahlen den sozialistischen Einfluß niederhalten, wie er sich in der deutschösterreichischen Bewegung ausdrückt. Die Deutsch-

auf eine Note der Verbündeten vom 17. Oktober 1922 unverändert zu antworten. Das Reich muß ferner auf der Stelle ein Geleit annehmen auf Grund dessen die Verteilung von Waffen untersagt wird. Ferner muß die Reichsregierung sämtliche militärischen Dokumente, die sich zurzeit des Balkanfeldzugs in Berlin befanden, den Verbündeten ausliefern. Teutland hat sämtliche Munitionsfabriken in Friedensbetrieb umzuwandeln. Was die Schuna anbelangt, so ist sie durch einen besonderen Gelehrten aufzufüllen und durch die Sicherheitspolizei zu sichern. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sind zehntausend die Staatspolizei nicht länger herangezogen werden. Schließlich wird die Reichsregierung aufgefordert, eine Vorlage einzubringen, wonach die Ein- und Ausfuhr von Waffen verboten wird. Außerdem muß Teutland die Reichswehr auf ein notwendiges Mindestmaß herabsetzen.

Zur Errichtung der Goldnotenbank

Paris, 6. März. Von einer sehr maßgebenden nicht deutschen Persönlichkeit werden einige Ausführungen über das Statut der neuen deutschen Goldnotenbank bekannt. Zugleich veröffentlichte die „Information“ gestern mittags einen langen Artikel über das gleiche Thema. Es ergibt sich nach beiden folgenden Bild:

Der Sachverständigenausschuß macht zunächst folgende Zusammenfassung des in Deutschland umlaufenden Geldes: 1. Hunderte von Trillionen Papiermark, die aber durch den Metallbestand der Reichsbank als gedeckt angesehen werden können. 2. 300 Millionen Goldmark der beiden im vorigen Jahre angekauften Goldmarkausgaben, 3. 2100 Millionen Rentenmark, wovon die Hälfte dem Reiches kreditiert ist. 4. Rentenscheinanweisungen, die den Betrag von etwa 200 Millionen Goldmark übersteigen dürften. 5. Wertbeständiges Notgeld im Gesamtwert von etwa 500 Millionen Goldmark. 6. Ausländische Devisen, die vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auf etwa 2 Milliarden Goldmark geschätzt werden.

Es stellt also, so meint der Sachverständigenausschuß in Deutschland keineswegs ein Geld, das er als das erste Erfordernis, diese verschiedenen Geldsorten durch ein einziges einheitliches Geld zu ersetzen. Um dies zu erreichen, soll die neue internationale Goldnotenbank für Deutschland geschaffen werden. An der Spitze dieser neuen deutschen Bank soll ein Verwaltungsrat von 14 Räten stehen, 7 Deutsche und 7 Amerikaner, Engländer, Italiener, Franzosen, Belgier, Holländer und Schwizer. Der Präsident soll ein Deutscher sein, ihm zur Seite steht ein ausländischer Kontrolleur. Das Personal der bisherigen Reichsbank wird voll beibehalten. Der Verwaltungsrat hat das Recht die Zahl der deutschen Direktoren, nachdem Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt, bis zur völligen Befreiung von ausländischen Direktoren zu vermindern. Nach Beendigung der Liquidation der Reichsbank, Rentenbank usw. wird die neue Bank ihre volle ständige Selbstständigkeit erhalten und das eigene Emissionsrecht bis zu 3 Millionen Goldmark. Die Prüfung der Sachverständigen wird sich in erster Linie auf die genaue statistische Ermittlung der Handelsverhältnisse des neuen Instituts beziehen.

nationalen stehen selbst viel zu hart unter diesem Einfluß, um seine Gefahren abzuwenden zu können. Die demokratischen nicht einmal in der Opposition eine geschlossene Rechte aufzubringen; die Deutschösterreichische Partei steht ihnen selbstbewußt gegenüber; in Wien und Prag gingen 13 deutschösterreichische und 10 deutschnationalen Abgeordneten aus der Wahl hervor. Und jenseits der Deutschösterreichischen taucht bereits die noch radikalere Nationalsozialistische Partei auf. Eine Reichsregierung, in der diese radikalen Elemente Einfluß haben, ist ebenso unmöglich wie eine Vorkriegspolitik mit kommunistischem Einschlag.

Bei den Nationalwahlen haben die Zentrumswähler das deutsche Volk vor einer links-sozialistischen Entwicklung bewahrt, sie werden auch die Kraft haben, die radikalsozialistische Welle zu brechen. Die deutschösterreichische Bewegung tritt immer stärker in Konkurrenz gegen das Christentum, namentlich gegen den Katholizismus. So zeigt sie selbst, wo die Gefahr liegt. Kardinal Puffenberger weist warnend auf zwei traurige Weiterentwicklungen der letzten Monate hin: die Rede gegen den Heiligen Vater und den Plan, eine deutsche Nationalkirche zu errichten, und die Kugeln vor den Jesuiten. Die Vorhänge in München müssen jedem die Augen öffnen. Dr. Albrecht Hoffmann hat eine Rede, die er vor Studierenden der Universität München am 21. November 1923 hielt, als Protest gegen den Nationalismus. Darin ist die Rede vom Kampf gegen Nationalismus und Ultramontanismus, von römischen Geist und römischer Priesterherrschaft; dem deutschen Volk wird die Mission angeschlossen, nicht das Erbe des römischen Geistes, sondern sein Widerspiel zu sein; und die Kräfte des römischen Geistes werden also verberichtet. „Denn werden auch die alten Götter wieder aus den Gräbern steigen und der Hammer Thors wird die Treppen, die einst die alten Götter im Feine Mahons niederstießen, in deren Rauschen nach des Torus Port unsere Väter unter dem Namen der Götter das große Unmensliche bereiten, das sich nur in der Eiferfurcht offenbart.“ Nicht unbedeutendes Bedenken und das Bedenken der Strafe wird dem deutschen Volke mitgebracht, sondern dem Deutschland in der christlichen Pflichterfüllung, Luna, wie sie Kardinal Puffenberger in den Worten schreibt: „Gleichsam seien die Götter des Staates, welchen jeder Nationalist, Verehrer der Heiligen und persönlichen Diktatur, Mitarbeiter an der Volksherrschaft der Staat- und Volksgemeinschaft.“ In diesem Sinne muß das deutsche Volk sich im kommenden Wahlkampf entscheiden.